

An die Medien

Bern, 31. August 2011

Massnahmen gegen die Folgen der Frankenstärke: Konzeptionell und inhaltlich sinnvoll

Die Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK begrüsst das Massnahmenpaket 2011 des Bundesrats, um den negativen wirtschaftlichen Folgen der Frankenstärke zu begegnen. Der Schwerpunkt der Gelder bei der Arbeitslosenversicherung einzusetzen zugunsten der Kurzarbeitsentschädigung, wird als sinnvoll erachtet. Auch die zusätzlichen Mittel für die Innovationspolitik sind zweckmässig eingesetzt. Bei der Sofortmassnahme für den Tourismus ist die VDK hingegen skeptisch und fordert zusätzliche Massnahmen.

Die Exportkrise ist auch in den Kantonen angekommen. Viele Unternehmen, die vom Export direkt oder indirekt abhängig sind, werden in den nächsten Wochen und Monaten gezwungen sein, unternehmerische Entscheide auf der Kostenseite einzuleiten. Deshalb begrüssen die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren die ersten Massnahmen des Bundes in Sachen Kurzarbeitsentschädigung zur Linderung der absehbar wirtschaftlichen Schäden. Dabei stärkt der Bundesrat ein bewährtes Instrument der Arbeitslosenversicherung, das den Unternehmen hilft, schwierige wirtschaftliche Zeiten zu überbrücken. Ebenfalls konsequent sind die Unterstützungsmassnahmen zugunsten der touristischen Infrastruktur und der Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen der Innovationspolitik.

Rascher Einsatz der Mittel

In Anbetracht der schwierigen und ausserordentlichen Lage hat der Bundesrat seine Entscheide mit Augenmass und Besonnenheit gefällt. Auf eine direkte Unterstützung von Unternehmen wurde einstweilen verzichtet. Auch auf steuerliche Massnahmen mit geringer Wirksamkeit und grossem negativen Impact für die Kantone wurde ebenfalls nicht eingetreten. Die finanziellen Mittel werden etappenweise und gezielt für die Not leidenden Branchen, vorab für den Tourismus und die Exportindustrie, eingesetzt. So kann zumindest für diese Branchen rasch ein gewisser positiver Effekt erzielt werden.

Mehr Effizienz bei der Innovationspolitik

Innovation ist ein wichtiger Faktor für das Wirtschaftswachstum in der Schweiz. Deshalb sind auch die Investitionen des Bundesrats sinnvoll. Doch muss die Innovationspolitik des Bundes effizienter werden, d.h. die Gelder müssen auch in tatsächliche Projekte einfliessen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass der Industriebeitrag von Unternehmen an die Projekte der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) herabgesetzt wird. Das soll eine Welle an neuen Initiativen auslösen, ohne aber von der heute hohen Projekt-Qualität abzurücken. Neben Neuerungen bei der KTI-Projektförderung wird ebenfalls die Neugliederung des Supports von Wissens- und Technologie-Transfer unterstützt. Und: Mit gezielten Erleichterungen sind auch die Fachhochschulen aktiver in die Innovationspolitik zu integrieren.

Skepsis bei den Tourismus-Massnahmen

Die Sofortmassnahme für den Tourismussektor, der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit SGH ein Darlehen zu erteilen, geht aus Sicht der VDK zu wenig weit. Gerade im Tourismus gilt es ebenfalls einen klaren Schwerpunkt bei der Innovation zu setzen. Im Vordergrund stehen etwa ein langfristig höherer Beitrag für die Innotour-Projekte oder ein höherer Finanzierungsrahmen für die Errichtung von Regionalparks. Beides sind bewährte und bestehende Instrumente der Tourismusförderung, die auf eine höhere Wertschöpfung vor Ort abzielen. Ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Tourismusbetriebe wäre in Anbetracht der Krise ebenfalls zu erwägen gewesen.

Appell an eine gegenseitige Sozialpartnerschaft

Die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren haben das Vertrauen in die freie Marktwirtschaft und wissen, dass die Schweiz kompetitive und flexible Unternehmen hat. Der Staat übernimmt eine unterstützende Funktion und sorgt für gute Rahmenbedingungen. Trotz den kurz- und längerfristigen Massnahmen des Bundes wird es für viele Unternehmen in den kommenden Wochen und Monaten unumgänglich sein, Massnahmen im Lohnbereich oder struktureller Art einzuleiten. Das wird den Arbeitsmarkt direkt treffen. Dabei appelliert die VDK an die gute gegenseitige Sozialpartnerschaft. Dieser sehr wichtige Pfeiler einer erfolgreichen schweizerischen Wirtschaftspolitik wird noch gefordert sein. Es sind Arbeitnehmer, Arbeitnehmende und die öffentliche Hand gefragt, ihren Teil an die Lösung beizutragen.

Fortführen der Wachstumspolitik des Bundes

Mit den Massnahmen des Bundesrats wird richtigerweise keine neue Wirtschaftspolitik entworfen. Im Wesentlichen setzt der Bundesrat die Wachstumspolitik des Bundes fort und bleibt somit auf Kurs. Dabei bleiben die Kantone die richtigen Partner, um eine solche zu entwerfen und umzusetzen. Zusammen soll im Gleichschritt zu den heute beschlossenen Massnahmen die Politik eines qualitativen und nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums für die kommende Legislatur entworfen werden. Im Rahmen der aktuellen Legislaturplanung des Bundesrats wird seitens der VDK eine neu aufgelegte Wachstumspolitik eingefordert.

Gegen die Deindustrialisierung vorgehen

Neben der Fortführung der Wachstumspolitik regen die Kantone an, ein gemeinsames Konzept gegen eine drohende Deindustrialisierung der Schweiz zu entwerfen. Wichtigstes Element dabei ist und bleibt ein verlässlicher und angemessener Euro-Wechselkurs. Es muss seitens der Politik alles daran gesetzt werden, die Exportindustrie als wichtiger Teil der Schweizer Wirtschaft im Land halten zu können. Die Kantone arbeiten ebenfalls an diesem Ziel mit und stellen ihr Know how und ihre Erfahrung zur Verfügung.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen zur Verfügung:

- Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident VDK, Tel. 079 224 87 88
- Christoph Niederberger, Generalsekretär VDK, Tel. 078 654 64 06